

# BESCHLUSS

---

des Präsidiums der FDP, Berlin, 3. Juni 2024

---

## Für ein Europa der Stärke, der Freiheit und der Sicherheit Liberales Sofortprogramm für die neue EU-Kommission

Die EU ist der größte zusammenhängende Markt der Welt. Ein Raum der wirtschaftlichen Möglichkeiten, der Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit. Dennoch hat die Europäische Union unter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) dramatisch an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Insbesondere mit dem „Green Deal“, der Nachhaltigkeitsberichterstattung und dem Verbrenner-Verbot hat die von-der-Leyen-Kommission der deutschen und europäischen Wirtschaft geschadet und Wachstum verhindert. Darüber hinaus zeigt sich die aktuelle Kommissionspräsidentin offen für neue EU-Gemeinschaftsschulden – das ist ein großes Risiko für den deutschen Steuerzahler. Auch die Ordnung der Migration muss besser werden. Fazit: Fünf Jahre „Weiter so“ darf es für Europa nicht geben. Die EU-Wahl muss zu einem Neustart in der EU-Politik führen – personell wie inhaltlich.

Für uns Freie Demokraten ist klar: Wir müssen endlich auch in Europa unsere wirtschaftliche Basis stärken. Die Europawahl ist der Schlüssel für die Wirtschaftswende. Für neues wirtschaftliches Wachstum, die Sicherung unseres Wohlstands, eine moderne und digitale Infrastruktur sowie beste Bedingungen für Forschung und Spitzeninnovationen. Die Wirtschaftswende ist insbesondere auch Voraussetzung für die Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeit – gegen Diktaturen und Autokraten, die unsere Freiheit verachten und bedrohen. Entscheidend für das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist auch, dass wir Migration wirksam steuern und ordnen. Die Bürgerinnen und Bürger und nicht zuletzt auch die Verantwortlichen vor Ort erwarten zu Recht endlich spürbare Fortschritte. Für diese Ziele treten wir Freie Demokraten zur Europawahl 2024 an – dafür sind wir streitbar in Europa.

Mit der Europawahl am 9. Juni besteht die Chance auf den notwendigen Politikwechsel der nächsten EU-Kommission. **Bei den Personalentscheidungen für die neue EU-Kommission wird die FDP über die Haltung der Bundesregierung im Europäischen Rat und die Abgeordneten im Europäischen Parlament ihren Einfluss geltend machen.** Unsere Unterstützung für den/die neue EU-Kommissionspräsidenten/in knüpfen wir an inhaltliche Schwerpunkte, die für ein wirtschaftsstarkes, innovatives und sicheres Europa zentral sind.

**Ein Sofortprogramm der neuen EU-Kommission muss aus Sicht der FDP mindestens folgende Maßnahmen enthalten:**

## Technologieoffenheit als eine zentrale Leitlinie europäischer Politik

Die neue EU-Kommission darf nicht länger von Skepsis gegenüber der Marktwirtschaft und dem technologischen Fortschritt geprägt sein. Nur mit einem **technologieoffenen Europa** kann uns die Wirtschaftswende gelingen. Dazu muss die neue EU-Kommission:

- Sich verbindlich **zur Technologieoffenheit in allen Bereichen bekennen** – von der Heizung, über die Kraftwerke und die medizinische Forschung bis zur Gentechnik.
- Die Zusage einer **Zulassungsgenehmigung für E-Fuel-Fahrzeuge** nach 2035 unmittelbar nach ihrer Wahl umsetzen. Das Verfahren sollte noch 2024 abgeschlossen werden.
- Das **Auslaufen der Flottengrenzwerte zum Ende des Jahres 2026** einleiten. Der Europäische Emissionshandel gilt ab 2027 auch für den Verkehrssektor. Ein marktwirtschaftlicher CO<sub>2</sub>-Preis ist das effektivste Instrument für die Emissionsreduktion im Verkehr.

## Die europäische Wirtschaft entfesseln

Die Kommission von Ursula von der Leyen hat die Bürokratiebelastung in Europa dramatisch ansteigen lassen. Aus dem Freiheitskontinent Europa ist ein Bürokratiesumpf geworden. Nicht einmal die EU-Kommission selbst kann den Umfang der Berichtspflichten für die Wirtschaft in Europa beziffern. Die neue EU-Kommission muss **Bürokratie radikal abbauen**:

- Für neue EU-Rechtsakte muss ab sofort ein striktes „**One in, two out**“-Prinzip eingeführt werden: Für jede neue Regelung müssen gleichzeitig zwei bestehende Regelungen gestrichen werden, die die neuen Belastungen kompensieren – und zwar ohne Ausnahmen und Flexibilitäten.
- Die neue EU-Kommission muss **die Hälfte aller bestehenden Berichtspflichten für Unternehmen abbauen**. Die Selbstverpflichtung der aktuellen EU-Kommission, 25 Prozent der Berichtspflichten abzuschaffen, wurde nicht erreicht und war auch nicht ambitioniert genug.
- Die neue EU-Kommission muss sofort ein **Bürokratie-Belastungsmoratorium** einführen. Seit 2020 sind rund 10.000 neue EU-Rechtsakte hinzukommen. Die Unternehmen brauchen Luft zum Atmen. Die neue EU-Kommission muss sich dazu verpflichten, in der Amtszeit von 2024 bis 2029 keine neuen Belastungen für Unternehmen einzuführen.
- Der „Green Deal“ ist zum Inbegriff überbordender Bürokratie in Europa geworden. Die neue EU-Kommission muss **den „Green Deal“ zu einem liberalen „Yellow Deal“ machen**, der nicht auf immer neue Regulierung setzt, sondern von Technologieoffenheit und Marktwirtschaft geprägt ist und dementsprechend noch viel stärker auf den **Emissionshandel als das alleinige Leitinstrument der Klimapolitik** setzt. Kleinteilige Detailregulierungen und die Zielvorgaben für die Mitgliedstaaten in der EU-Klimaschutzverordnung müssen abgeschafft werden, da diese die Kosteneffizienz des Emissionshandels konterkarieren und die Klimapolitik sehr viel teurer machen, ohne zusätzliche CO<sub>2</sub>-Einsparungen bewirken zu können.
- Der EU-Beamtenapparat ist zu groß und muss reformiert werden. Wir sind davon überzeugt, dass die EU effizienter werden muss und fordern die neue Kommission auf, das Regulierungstreiben sofort zu stoppen und **den Beamtenapparat deutlich zu verschlanken und zu reformieren** – weniger Regulierung in Brüssel bedeutet mehr Freiheit für Unternehmen.

- Die neue EU-Kommission muss zeitnah nach ihrer Wahl einen neuen **KMU-Beauftragten** benennen, der wirklich glaubhaft die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen im EU-Gesetzgebungsprozess vertritt.
- In den vergangenen fünf Jahren hat die EU-Kommission lediglich ein Freihandelsabkommen mit Neuseeland abgeschlossen. Die neue EU-Kommission muss eine **Sofortinitiative für Freihandelsabkommen** mit unseren Wertepartnern in der Welt starten, insbesondere mit den USA. Wir wollen einen internationalen Handel, der auf einem fairen und einheitlichen Wettbewerbsumfeld stattfindet. **Strafzölle** lehnen wir ab.
- Die neue EU-Kommission muss ein **Sofortprogramm zur Stärkung der Demokratie** auf den Weg bringen. Die jüngsten Ereignisse auf europäischer Ebene aber auch in Deutschland führen uns vor Augen, wie fragil die Demokratie ist. Links- und Rechtsextremismus, Populismus und ausländische Agitation bergen enorme Gefahren auch für den Wirtschaftsstandort Europa. In der EU müssen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eine Selbstverständlichkeit sein und von einer neuen Kommission durchgesetzt werden.

### Ein Europa der nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik

Für die neue EU-Kommission müssen solide Haushaltspolitik und nachhaltige Finanzen oberste Priorität haben. Solide Staatsfinanzen in allen Mitgliedstaaten sind die Grundvoraussetzung der fiskalischen Resilienz Europas und damit unserer finanziellen Unabhängigkeit.

- **Klare Absage an neue EU-Gemeinschaftsschulden.** NextGenerationEU war ein einmaliges Programm zur Bewältigung der Corona-Krise in Europa. Die Einmaligkeit war die Grundbedingung für das Programm und darf nicht aufgeweicht werden. Die Verantwortung für die eigenen Staatsfinanzen muss bei den Mitgliedstaaten verbleiben. Haftung ist die beste Versicherung gegen ökonomische Fehlentscheidungen.
- **Umsetzung des neuen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.** Es war ein Erfolg des deutschen Finanzministers, dass klarere Vorgaben für den Abbau von Haushaltsdefiziten und Schuldenquoten mit Flexibilität bei notwendigen Investitionen verbunden werden. Bei der Umsetzung der verbesserten Regeln muss die neue EU-Kommission auf den Abbau der Schuldenstände und rasche fiskalische Resilienz der Mitgliedstaaten achten.

### Migration nach Europa ordnen und steuern

Die scheidende EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat sich mehrfach für die Auslagerung von **Asylverfahren in Drittstaaten** ausgesprochen. Diesen Worten müssen endlich Taten folgen. Deshalb fordern wir von der neuen EU-Kommission:

- Die schnelle Aushandlung von **Migrationspartnerschaften**. Es muss ernsthaft geprüft werden, wie Asylverfahren unter Wahrung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) sowie der Sicherstellung eines wirksamen Monitorings auch in **Drittstaaten** durchgeführt werden können. Entscheidend ist für uns das Kriterium, ob die Menschen in einem Drittstaat sicher sind.
- Für die **wirksame Anwendung der gemeinsamen europäischen Regeln** über die Zuständigkeiten für die Prüfung von Asylanträgen in allen Mitgliedstaaten zu sorgen.

- Die Prüfung, wie die Möglichkeiten des EU-Rechts für **schnellere Zuständigkeitsprüfungen und Rücküberstellungen** in andere EU-Mitgliedstaaten ausgeschöpft werden können.

### **Stärke in der Außen- und Sicherheitspolitik**

Wir brauchen eine kluge europäische Außen- und Sicherheitspolitik, die die liberale Weltordnung in Zeiten eines neuen Systemwettbewerbs verteidigt. Gleichzeitig gilt: Jeder Beitrag zur Bewältigung internationaler Krisen ist immer noch die beste Form präventiver Migrationspolitik und verhindert Leid und Armut in den wirtschaftlich schwächsten Ländern der Welt. Damit Europa das **größte Friedensprojekt der Welt** bleibt, muss die neue EU-Kommission:

- Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur **Top-Priorität** machen.
- Entscheidungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik künftig mit **qualifizierter Mehrheit** treffen.
- Den Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik institutionell zu einem **EU-Außenminister** aufwerten. Außerdem soll ein **Kommissar für Verteidigungspolitik** ernannt werden.